

## Staatsanwaltschaft Würzburg

Staatsanwaltschaft Würzburg, Ottostraße 5, 97070 Würzburg		Herr Staatsanwalt I Telefon: 0931/38 Telefax: 0931/38
Herrn		
Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Akten - / Geschäftszeichen	Datum 24.01.2018
Ermittlungsverfahren gegen wegen No	ötigung	
Sehr geehrter Herr		
dung getroffen:	hren habe ich mit Verfügung vom 10.01	
Der Anzeige wird mangels öffe D. Antragsteller(in) steht der F	entlichen Interesses keine Folge gegeb Privatklageweg offen.	en, §§ 374, 376 StPO.
	Gründe:	
- " I - :- IAliir-hura echille	Last, am 11.04.2017 um 20.29 Uhr auf soweit bremsen einen Zusammenstoß verme	abgoardige
Hinsichtlich der Nötigung ist d	der Antragssteller auf den Privatklagew	veg zu verweisen:
missbilligendes und schwere sprechung stellt bei der Gew Dichtauffahren auf eine länge kann daher nur unter dem re	ein kurzfristiges Bedrängen vor, also kes Unrecht, wie es die Nötigung regelmaltanwendung im Sinne der Nötigung rere Dauer der Zwangseinwirkung und erchtlichen Gesichtspunkt von Verkehrse	hach § 240 StGB durch deren Intensität ab. Die Tat
werden. Auch finden sich keine Anhaltspunkte dafür, dass die Behinderung des Antragstellers der Zweck		

Hausanschrift Ottostraße 5 97070 Würzburg Haltestelle

Bushaltestelle Ottostr. Linie 16, Straba Sanderring Linie 1,3,5 Behindertenparkplatz

Nach Anmeldung beim Pförtner

Geschäftszeiten Mo-Fr 08.00 Uhr - 12.00 Uhr und nach Vereinbarung

Kommunikation Telefon: 0931/381-0 Telefax: 0931/381-3505 poststelle@sta-wue.bayern.de

Die E-Mail-Adresse eröffnet keinen Zugang für formbedürftige Erklärungen in Rechtssachen

und nicht nur die bloße Folge des rücksichtslosen Fahrverhaltens war (Fischer, StGB, § 240 Rn. 27). Dem vom Antragsteller vorgetragene Ausspruch "Radweg", den der Beschuldigte im Rahmen einer Spontanäußerung getätigt haben soll, kommt insoweit kein Beweiswert zu. Bei dem von d. Antragsteller(in) geschilderten Sachverhalt kommt nur ein Privatklagedelikt in Betracht (§ 374 StPO). Die öffentliche Klage wird in diesen Fällen von der Staatsanwaltschaft nur dann erhoben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt (§ 376 StPO).

Da der Rechtsfrieden über den Lebenskreis d. Verletzten hinaus nicht gestört ist und die Strafverfolgung kein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit darstellt, ist im vorliegenden Fall eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft nicht geboten.

Daran fehlt es im vorliegenden Fall schon deshalb, weil das Fehlverhalten des Beschuldigten nicht als grober Verkehrsverstoß anzusehen ist und d. Antragst, keine schwerwiegenden Verletzungen, die Dauerfolgen nach sich ziehen werden, davongetragen hat.

Der Beschuldigte hat sich bisher straffrei geführt und ist wegen einer gleichartigen Tat bisher nicht in Erscheinung getreten.

Es steht d. Antragsteller(in) frei, durch Erhebung einer Privatklage (§ 381 StPO) vor dem zuständigen Amtsgericht die beantragte Bestrafung des Beschuldigten selbst zu bewirken. Erfolgsaussichten einer Privatklage, die im vorliegenden Fall auch zumutbar ist, sowie etwaige zivilrechtliche Ansprüche werden durch diesen Bescheid nicht berührt.

Soweit dem Beschuldigten darüber hinaus eine Gefährdung des Straßenverkehrs vorgeworfen wurde, war das Verfahren aus tatsächlichen Gründen gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen:

Nach Sichtung des Überholvorgangs, auf dem vom Antragsteller, eingereichten Video der Helmkamera, können die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 315c Abs. 1 Nr. 2b StGB nicht, als mit hinreichender Sicherheit erwiesen, bewertet werden.

Der Überholvorgang dauert nur wenige Sekunden und auf Grund der Verzerrungen durch die Weitwinkelperspektive, lässt sich weder der genaue Abstand beim Wiedereinscheren ermitteln, noch lässt sich die Geschwindigkeit, die der Antragsteller fuhr und auf die er abbremste, feststellen.

Auch, wenn vieles dafür spricht, dass der Beschuldigte nicht den erforderlichen Mindestabstand eingehalten, kann nach Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Beweismittel nicht festgestellt werden, dass der Beschuldigte durch sein Fahrmanöver eine konkrete Gefahr für Leib und Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert herbeigeführt hat. Eine konkrete Gefährdung im Sinne des § 315c StGB ist erst dann gegeben, wenn bei Würdigung aller konkret erheblichen Umstände im Rahmen einer objektiv-nachträglichen Prognose der Eintritt eines Schadens in so erhebliche Nähe gerückt ist, dass seine Vermeidung sich nur noch als Zufall darstellt (Fischer, StGB, § 315c Rn. 15a m.w.N.).

Anhaltspunkte dafür, dass das Fahrzeug des Antragstellers bei dem Bremsvorgang ins Schlingern oder Schleudern geraten sein könnte, es also in eine Gefahrensituation geraten wäre, die ohne plötzliche zufallsbedingte Wende zu einem unmittelbaren Unfall geführt hätte, lassen sich dem Video nicht entnehmen.

Es ist anzunehmen, dass zur Abwendung eines Unfalls ein im Bereich einer verkehrsüblichen ("jedem Kraftfahrer vertrauten") Reaktion liegendes Bremsmanöver ausgereicht hat, so dass zwar eine abstrakte, nicht jedoch eine konkrete Gefährdung vorgelegen hat (vgl. auch OLG Düsseldorf, Urteil vom 02.03.2015 - III-1 Rvs 91/14).

## Beschwerdebeiehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 2 Wochen nach Zugang Beschwerde bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg erheben. Die Beschwerde kann innerhalb dieser Frist auch bei der Staatsanwaltschaft Würzburg eingelegt werden.

Die beigefügte Beschwerdebelehrung bezieht sich nicht auf die Einstellung des Verfahrens wegen der Nötigung im Straßenverkehr

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hannig Staatsanwalt

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.